Klimaschützer: *Besucher halten während der Rede von Kanzlerin Merkel bei der Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung ihre Forderung hoch.* FOTO: DPA

„Stadtverwaltung verfehlt ihre Klimaziele“

Interview: Kurt Gramlich und Hans-Ulrich Birke engagieren sich ehrenamtlich in der Umweltpolitik. Sie sind wütend, denn offiziell ausgearbeitete Vorschläge würden an entscheidender Stelle abgeschmettert

■ **Gütersloh.** Die Bürgerinitiative „Energiewende Gütersloh“ hat einen Bürgerantrag formuliert und im Rathaus eingereicht. Gefordert wird, den Klimanotstand in der Stadt Gütersloh auszurufen. Am kommenden Montag, 8. Juli, steht das Thema auf der Tagesordnung des Hauptausschusses. Ab 17 Uhr wird die Politik sich mit dem Thema beschäftigen. Die Beratungen im Vorfeld deuten darauf hin, dass das Thema kontrovers diskutiert werden wird. Die Antragsteller selbst jedenfalls sind unzufrieden.

Sie fordern die Ausrufung des Klimanotstandes, können Sie mit einfachen Worten mal erklären, was das bedeutet?

KURT GRAMLICH: Die Anzeichen sind überdeutlich, dass die Vorhersagen der Wissenschaft schneller und dramatischer zutreffen, als bisher erwartet. Es geht eigentlich nicht um das Klima, sondern um das Überleben der Menschen, zuerst in Afrika und dem Pazifik, danach auch hier. Die Schüler haben das verstanden und gehen deshalb auf die Straße.

HANS-ULRICH BIRKE: Die Erklärung des Klimanotstandes hat die Aufgabe, bei allen städtischen Entscheidungen zu prüfen, inwieweit diese die Klimakatastrophe verschärfen oder abmildern werden. Grundlage für alle Entscheidungen des Stadtrates sind so genannte Vorlagen der Verwaltung. Für diese Vorlagen gibt es eine festgelegte Form, ein Formular. Darin ist die Entscheidung kurz formuliert und es wird auch angegeben, ob Kosten und wenn ja, in welcher Höhe auf die Stadt zukommen. Wir möchten, dass auch die Auswirkungen auf den CO2-Ausstoß jeweils geprüft und angegeben werden.

Ist der Name Notstand dafür nicht zu hoch gegriffen? Die Kritiker sprechen von Symbolpolitik.

BIRKE: Wir hatte in den letzten Jahrzehnten einige schmerzliche Krisen wie die Finanzkrise. Viele Menschen haben dabei ihren Job oder das Geld für ihren Lebensabend verloren. Nach zehn Jahren ist das fast vergessen und wir machen weiter wie bisher. Beim Klimawandel ist das anders. Wir werden auch in zehn und 20 Jahren darüber reden und die Auswirkungen noch schmerzlicher spüren als heute und dagegen kämpfen. Deshalb soll die Erklärung des Notstandes alle wachrütteln.

Warum sind Sie gegen den Vorschlag der CDU-Fraktion, einen Beirat „citizenship for future“ einzurichten?

GRAMLICH: Es wird modern, Altes mit einem neuen Namen “for future” zu bezeichnen. Die Stadt hat ein Klimaschutzkonzept verabschiedet. Tatsache ist, dass dies nicht ausreichend umgesetzt wurde. Der Klimabeirat hat deshalb eine Arbeitsgruppe Zwischenbilanz eingerichtet. Diese kam zum Ergebnis, dass die bisherige Arbeit der Verwaltung die Ziele bis 2021 verfehlt. Die Arbeitsgruppe hat ein 6-Punkte-Programm erarbeitet mit konkreten, wirkungsvollen Maßnahmen.

Kurt Gramlich: *Sprecher der Bürgerinitiative Energiewende.*

Hans-Ulrich Birke: *Mitglied der AG Verkehrswende.*

Was wird darin vorgeschlagen?

BIRKE: 1. Die Stadt Gütersloh verstärkt ihre Bemühungen zur energetischen Altbausanierung. 2. Die Stadt Gütersloh verpflichtet im Neubaubereich Bauherren und Investoren zu hoher Qualität im Klimaschutz. 3. Die Stadt Gütersloh richtet eine Arbeitsgruppe Künftige klimaneutrale Wärmeversorgung ein. 4. Die Stadt Gütersloh verstärkt den Einsatz regenerativer Energien. 5. Die Stadt Gütersloh reduziert Kohlendioxid im Verkehr 6. Die Stadt Gütersloh erweitert das Personal für den Klimaschutz.

Was ist mit diesen Vorschlägen passiert?

GRAMLICH: Die Vorschläge wurden im Ausschuss für Umwelt vollkommen unzureichend vorgestellt. Warum wurde keiner der Autoren beteiligt? Die Zuhörenden bekamen den Eindruck, dass hier ehrenamtlich in vielen Stunden erarbeitete, fachlich hoch qualifizierte Vorschläge durch eine unqualifizierte Vorstellung untergehen. Auch fachlich falsche Aussagen wurden von niemandem korrigiert.

Aber Sie haben den Klimabeirat jüngst selbst kritisiert.

BIRKE: Ja, der Klimabeirat hat keine Befugnisse und kann lediglich Empfehlungen an den Ausschuss für Umwelt geben. Und genau die werden dann in den Ausschüssen abgeschmettert. Vertreter der Klimaschutzgruppen sollten direkt im den klimarelevanten Ausschüssen und in den Ratssitzungen Rederecht bekommen. Es geht zu viel Information verloren. Die ehrenamtliche Arbeit wird nicht genug gewürdigt.

Geht der Vorschlag der CDU nicht in die richtige Richtung?

GRAMLICH: Dass die Bevölkerung endlich (am besten in allen Ortsteilen) über die Folgen der laufenden Klimakatastrophe informiert werden soll, ist ein guter Vorschlag und höchst dringend. Dass ein neues Gremium “diskutieren” soll und dann der Politik Vorschläge machen soll, bedeutet weitere Verzögerung. Die Vorschläge liegen auf dem Tisch. Es ist Zeit zum Handeln! Wir sind zum Gespräch und zur aktiven Mithilfe bereit.

BIRKE: Die CDU sollte die bestehenden Gremien und Möglichkeiten konstruktiv nutzen statt alte Konzepte als ihre Ideen zu verkaufen. Ich kann mich an keinen konstruktiven Redebeitrag eines CDU-Vertreters im Klimabeirat erinnern. Die Protokolle sind für jedermann im Ratsinformationssystem öffentlich zugänglich. Interessierte Bürger können sich das gern bei einem unserer regelmäßigen Treffen zeigen lassen.

Das Gespräch führte Jeanette Salzmann

KENNZEICHEN-GT

Auch die Begeisterung muss reaktiviert werden

Wochenkommentar: Die TWE kommt zurück – und mit ihr eine Mammut-Aufgabe für die Politik

Seltenes Bild: *Der Anteil der Maschinen, die Claas per Schiene versendet, ist auf etwa 40 Prozent gesunken.* FOTO: ZELENKA

Es ist eine historische Entscheidung gewesen, die in dieser Woche im Düsseldorfer Landtag gefällt wurde – auch wenn die Feierlaune nicht so recht bis Gütersloh dringen wollte: Die TWE-Strecke zwischen Harsewinkel-Gütersloh-Verl wird reaktiviert. In vier Jahren – 2023 also – soll der Zug rollen im Stundentakt zwischen 6 und 22 Uhr. Wer in Harsewinkel einsteigt, soll in 16 Minuten im Hauptbahnhof Gütersloh, wer in Verl einsteigt, in 17 Minuten da sein. Wer die Strecke mit dem Auto abfährt, wird (vor allem zurzeit) feststellen, dass man doppelt so lange braucht. Planer gehen deshalb von einem Rückgang der Autofahrten von 1.500 pro Tag aus.

Jeanette Salzmann

Im Rahmen von Klimaschutz und Verkehrswende scheint diese Initiative ein großer Schritt in die richtige Richtung. Nur weiß man nicht so recht, woher die Zahlen denn so stammen. 3.100 Fahrgäste sollen laut Gutachter täglich in den TWE steigen. Das Gutachten selber jedoch ist nicht transparent. Wer wurde befragt und unter welchen Konditionen wurde die Meinung eingeholt? Fahrpreisgestaltung, Taktung, Haltestellen – alles in Arbeit, aber nicht klar. So mag mancher Bürger die Idee gut und richtig finden und am Ende doch nicht einsteigen, weil es für ihn nicht passt. Es gilt, die gutachterlich errechneten 26.000 Arbeitsplätze im Radius von höchstens einem Kilometer bis zur Trasse tatsächlich in den Zug zu bekommen. Es darf gemutmaßt werden, dass etwa die Mitarbeiter von Arvato nahe der Autobahnauffahrt nicht 1.000 Meter nach Spexard gehen werden, um dort am Bahnhof in den Zug zu steigen. Und die Claas-Mitarbeiter? Werden sie den Fußmarsch durch Harsewinkel antreten, um zum Bahnhof zu gelangen oder doch lieber vom Parkplatz direkt auf die B513 abbiegen?

Den meisten Gütersloher ist wohl das Bahnfahren in den vergangenen Jahren abgewöhnt worden. Die TWE-Strecke ist eingeschlafen, die moderne Logistik ist auch nicht mehr auf die Bahn eingestellt und selbst diejenigen, die entlang der TWE-Bahngleise wohnen, sind an regelmäßige Bewegung auf den Gleisen nicht mehr gewöhnt. Ihre Freude hält sich in Grenzen. Wer auf die Verbindungen der Deutschen Bahn setzt, wird ebenfalls oft enttäuscht, Infostellen abgeschafft in einem Hauptbahnhof, der alles andere als vorzeigbar oder wenigstens voll funktionstüchtig ist.

Es klingt also nach Überzeugungsarbeit, die in den kommenden Monaten und Jahren geleistet werden muss. Die Begeisterung fürs Zugfahren muss genauso reaktiviert werden wie die Strecke selbst, damit die 35 Millionen Euro Investitionssumme nicht verpuffen und die ganze Sache zum Jahrhundert-Flop wird. Eine Mammut-Aufgabe, denn es ist ein Wettstreit um Zeit, Kosten und Komfort – schafft die TWE es nicht, hier einen großen Wurf hinzulegen, werden die Pendler schlicht in ihrem Auto sitzen bleiben. Oder sich wünschen, man hätte die gesamte Trasse zum Radschnellweg ausgebaut.

Leserbriefe an guetersloh@nw.de

TWE

Zur bevorstehenden Reaktivierung der TWE-Strecke äußert sich dieser Leser.

@ Es ist eine wegweisende und richtige Entscheidung, die TWE-Strecke für den Personenverkehr wieder zu aktivieren. Nun ist die Lokalpolitik der anliegenden Kommunen gefragt, die Reaktivierung schnell im Sinne der Bürger/innen voranzutreiben und nicht jahrelang in den Räten herumzudiskutieren bzw. den Planungen durch Beschwerdeverfahren und Lärm-Gutachten Steine in den Weg zu legen.

Auch die Stadtwerke in Gütersloh sind dann in der Bringschuld, die Fahrzeiten Ihrer Stadtbus-Linien an die der TWE zwischen 6 und 22 Uhr anzupassen. Optimal wäre eine Rückkehr zum 20-Minuten-Takt, wie es ihn bis 2015 gegeben hat. Provinzielle Anrufsammeltaxi-Experimente nach 20 Uhr oder Sonntags vor 13 Uhr sind dann ebenfalls nicht mehr haltbar. Auch das gebetsmühlenartig vorgetragene Argument der mangelnden Wirtschaftlichkeit ist dann niemandem mehr zu vermitteln.

Aber Gütersloh soll ja sowieso nach dem Wunsch der Verwaltung zur Fahrrad- und zu Zu-Fuß-geh-Stadt werden.

Von daher halten sich meine persönlichen Erwartungen, dass die Stadt bei der Anpassung ihrer Stadtbus-Taktung an die Bahn mitzieht, sehr in Grenzen. Die Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung müssen nun endgültig aufpassen, dass für den öffentlichen Personennahverkehr in Gütersloh nicht endgültig der Zug abfährt. Jetzt muss man Farbe bekennen.

Holger Piel
33332 Gütersloh

Dubios: *Kleidersammlung mit Wäschekörben.* FOTO: PATRICK MENZEL

Altkleider

Zum Bericht „Achtung: dubiose Sammler unterwegs“, NW vom 28. Juni, erreichte die Redaktion folgende Zuschrift.

@ Auch wenn ich dazu aufgerufen habe, nicht mehr gebrauchte Kleidung nicht in die gewerblichen Haussammlungen zu geben, möchte ich dazu aufrufen, Kleiderschränke und Keller etc., regelmäßig zu durchforsten und zeitnah alles, was nicht mehr passt oder angezogen wird, zu verkaufen oder zu spenden. Der Umwelt zuliebe ist es sehr sinnvoll, die Kleidung weiter zu nutzen. Alle Schadstoffe sind schon herausgewaschen – gut für die eigenen Gesundheit. Es werden auch keine neuen Ressourcen wie Wasser oder Farbstoffe zur Herstellung von neuen Stücken gebraucht.

Kirchliche Organisationen geben Kleidung, Spielsachen und Haushaltswaren für „kleines Geld“ weiter und freuen sich auf Nachschub. Meine Mutter sprach nach dem Tod meiner Oma das Personal des Pflegeheimes, in dem sie ihr letztes Lebensjahr verbrachte, an, ob andere Heimbewohner Bedarf an Bettwäsche, Handtüchern oder Bekleidung haben. So konnte leise und unauffällig anderen geholfen werden. Jede Möglichkeit, die hilft, nutzen, egal ob es der Umwelt hilft oder meinem Nächsten. Außerdem hilft sogar Ordnung; sie tut gut – also aufräumen!

Andrea Ruhnow
33330 Gütersloh

Leserbriefe geben ausschließlich die Meinung des Verfassers wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Bitte beschränken Sie sich auf eine maximale Länge von 50 Zeitungszeilen (1.400 Anschläge).

Beratungszentrum für Schlaganfallpatienten

Neu: Es handelt sich um ein Projekt der Bürgerstiftung in Kooperation mit dem Elli-Hop

■ **Gütersloh.** Nach dem „Schlag“ ist alles anders – das wissen Schlaganfallpatienten und ihre Angehörigen nur allzu gut. Fragen zur häuslichen Versorgung, zu Behördengängen oder Unterstützungsmöglichkeiten stehen oftmals im Raum. Als zentrale Anlaufstelle gibt es jetzt ein Schlaganfallberatungszentrum im St.-Elisabeth-Hospital, das Orientierung geben soll.

„Das Beratungszentrum ist ein Förderprojekt der Bürgerstiftung in Kooperation mit dem Elisabeth-Hospital“, erklärt Geschäftsführer Stephan Pantenburg. Das Zentrum ist unabhängig von dem Projekt „Stroke OWL“, wird aber von der Stiftung Deutsche Schlaganfall-Hilfe unterstützt.

„Unser Ziel ist es, ein Informationsbüro für alle betroffenen Patienten sowie deren Angehörigen anzubieten, um nach dem Klinikaufenthalt eine bestmögliche Versorgung im häuslichen Umfeld zu gewährleisten und Verständnisfragen zu beantworten“, fügt Katrin Meyer von der Bürgerstiftung hinzu. Die Projektlaufzeit beträgt zunächst zwei Jahre.

Das Schlaganfallberatungszentrum ist auch offen für Patienten, die in anderen Kliniken versorgt worden sind. Es ist mittwochs von 10 bis 18 Uhr geöffnet und befindet sich im Eingangsbereich des Hospitals. Leiterin ist Anja Heibrock , eine erfahrene Gesundheits- und Krankenpflegerin.